

Mentoren für Migrantinnen

Heute alle Informationen

Für das Mentoring-Projekt „Migrantinnen gründen“ werden Unternehmerinnen und Unternehmer mit und ohne Migrationshintergrund gesucht, die Frauen, die sich selbstständig machen wollen, von März bis zum Jahresende 2016 unterstützen. Was genau auf Mentoren und Mentees zukommt, ist am heutigen Mittwoch, 3. Februar, 17 bis 19 Uhr, beim Verein „Jump – Frauenbetriebe“ in der Hamburger Allee 96 zu erfahren. Es ist bereits das zweite Projekt dieser Art. Von den neun Mentees des vergangenen Jahres haben bereits vier eine Firma gegründet, vier weitere werden im Verlauf des Jahres folgen, eine Teilnehmerin wird eine neue Geschäftsidee entwickeln. Von den Mentoren wird erwartet, dass sie Türen öffnen, Wissen vermitteln und Ratschläge geben. Für ihr Engagement erhalten sie neue Eindrücke und Impulse: Frauen mit Migrationshintergrund verfügen über interkulturelle Kompetenzen und ein spezielles Know-how aus ihren Herkunftsländern, heißt es in einer Mitteilung an die Presse von Jump. ft

OB spricht über TTIP

Debatte im Club Voltaire

Die Bedeutung des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP für die Frankfurter Kommunalpolitik ist Thema bei einer Diskussion mit Frankfurt-Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) im Club Voltaire. Die Debatte mit dem Titel „TTIP, CETA und TISA: Was droht Frankfurt und den Kommunen?“ beginnt am Donnerstag, 11. Februar, um 20 Uhr in der Kulturkneipe in der Kleinen Hochstraße 5. Es werden verschiedene Aspekte der geplanten Abkommen und ihre Auswirkungen auf die Stadt Frankfurt aufgegriffen. Der Eintritt ist frei. pfd

Kontrolle der Tariffreue

Diskussion im DGB-Haus

Die Stadtrordneren wollen, dass städtische Aufträge nur an Betriebe gehen, die sich an die gültigen Tarife halten. Am Mittwoch, 3. Februar, geht es bei einer Podiumsdiskussion darum, wie dieser Beschluss kontrolliert werden kann. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat Markus Lachmann aus Köln eingeladen, der über eine Vergabestelle seiner Stadt berichten wird, die die Tariffreue gewährleisten soll. Neben den Vertretern der Gewerkschaften sitzt auch der Leiter der Frankfurter Stadtkämmerei, Thomas Raubenberg, auf dem Podium. Die Veranstaltung im Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, beginnt um 18 Uhr, der Eintritt ist frei. ft



Schon kleine Kinder nehmen soziokulturelle Unterschiede wahr.

FRANKFURTER RUNDSCHAU/ST. DINA

Quereinstieg erleichtern

Wie man mehr Erzieherinnen mit Migrationshintergrund gewinnt, ist Thema einer Tagung

Von Marie-Sophie Adeeso

Nirgendwo in Frankfurt ist die Vielfalt so groß wie in den Kindertageseinrichtungen. Rund 68 Prozent der Kinder unter sechs Jahren haben einen Migrationshintergrund. Wer im Erwachsenenalter zugewandert sei, dem werde es aber oftmals schwer gemacht, dazu beizutragen, dass auch das Kita-Personal vielfältiger wird, so der Tenor eines Fachtags, den der Verein Berami und die Fachhochschule Frankfurt („University of Applied Sciences“) am Dienstag ausrichteten. Mit rund 60 Teilnehmern diskutierten sie, wie Migrantinnen und Migranten, aber auch Quereinsteiger ohne Migrationshintergrund der Zugang zu Erzieherberuf und -ausbildung erleichtert werden könnte.

Der Fachkräftemangel schlägt sich auch in Frankfurt bereits nieder“, sagte Bildungsdirezentin Sarah Sorge (Grüne). Die Stadt wache insbesondere bei den Kleinsten – für knapp 1500 Kin-

der müssten jährlich neue Betreuungspätze geschaffen werden, allein, um die bisherigen Quoten halten zu können. Dafür bräuchte es qualifizierte und engagierte Erzieherinnen und Erzieher und „vereinfachte Anerkennungsverfahren“ für jene, die ihre bisherige Berufserfahrung oder Ausbildung im Ausland gemacht haben.

Pädagogen fahren Taxi

„Wir haben in Frankfurt pädagogisch gebildete Fachkräfte, die als Taxifahrer oder Verkäuferin arbeiten“, weil ihre Qualifikation nicht anerkannt werde, kritisierte Sorge. Dabei könnten sie gerade für Kinder mit Migrationshintergrund eine wichtige Vorbildfunktion haben, auch in puncto Mehrsprachigkeit, sagte Integrationsdirezentin Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne). „Es ist wichtig, dass wir ihnen den Zugang zum Beruf nicht durch bürokratische Hürden verstellen.“

Der Verein Berami, der Migrantinnen und Migranten seit 25 Jah-

ren dabei unterstützt, beruflich Fuß zu fassen, lege den Fokus stets darauf, mitgebrachte Ressourcen und Kompetenzen nutzbar zu machen, sagte Geschäftsführerin Rosina Walter. Rund ein Fünftel der Ratsuchenden habe einen pädagogisch-didaktischen Abschluss oder entsprechende Berufserfahrung vorzuweisen.

Da der Erzieherberuf ein „sehr reguliertes“ Feld sei, sei es aber oftmals schwierig, diese Kompetenzen anerkennen zu lassen, sagte Claudia Reger, die für Berami ein Projekt leitet, das auf die Erzieherausbildung vorbereitend häufig würden nur Teile einer Ausbildung anerkannt; gleichzeitig fehle es aber an Angeboten, die es ermöglichen, fehlende Kenntnisse, etwa zur Rechtslage, unkompliziert nachzuholen. Oft scheiterten Menschen auch an den Zugangshürden der Fachschulen. Um zumindest jenen helfen zu können, die die formalen Voraussetzungen erfüllen, bereit Berami sie in dem 13-monatigen Vorbereitungskurs auf die

Aufnahmeprüfung der Fachschule vor, etwa durch fachbezogenen Deutschunterricht. Von bislang 58 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hätten immerhin bereits 28 die Prüfung bestanden, weitere 21 können ihre Ausbildung wohl in diesem Jahr beginnen.

Dass auch nach erfolgreicher Ausbildung Hürden lauern, machte FH-Professorin Ute Schleich deutlich. Fachkräfte mit Migrationshintergrund würden bei der Einstellungs benachteiligt, etwa weil das Tragen eines Kopftuchs problematisiert oder akzentrfreies Deutsch höher gewertet werde als Mehrsprachigkeit. Dabei, so Schleich, sei die interkulturelle Öffnung der Kitas wichtig, um Ausgrenzung unter den Kindern vorzubeugen. Schon die Kleinsten nähmen Unterschiede wahr. Erzieherinnen und Erzieher bräuchten daher einen „inklusiven Blick“, um kultursensibel und diskriminierungskritisch handeln zu können. Auch dafür gelte es, die Potenziale zugewandelter Fachkräfte besser zu nutzen.

Sanierungen an Schulen gestrichen

Aktionsplan kann nicht gänzlich umgesetzt werden / FDP: „Chaos und Stillstand“

Erst kürzlich berichtete Bildungsdirezentin Sarah Sorge (Grüne), dass der Aktionsplan Schulbau auf vollen Touren laufe. Dass an Frankfurts Schulen „mehr denn je gebaut, geböhrt, gesprochen und gestrichen“ werde. Doch das gilt nicht für alle Schulen, die im Aktionsplan ursprünglich bedacht wurden: Einige Baumaßnahmen sind inzwischen gestrichen.

So entfällt etwa die Sanierung der Toiletten in der Holbeinschule, in der Tutor- und der Schwanthalerschule wird es keine Betonanierung geben. Hin-

tergrund: Die drei Schulgebäude in Sachsenhausen werden nach dem neuen Schulentwicklungsplan nun zur IGS Süd umgewandelt. Ein Gesamtkonzept aller Liegenschaften müsse daher erstellt werden, heißt es in einem Bericht des Magistrats.

Seit 2014 gilt der Aktionsplan, der 150 Millionen Euro für die Sanierung und Erweiterung von Schulen bereithält. Die vorgesehenen mehr als 80 Projekte sollen bis Ende 2018 abgeschlossen werden. Doch an mehr als zehn Schulen kann nun nicht alles nach Plan umgesetzt werden. An

der Charles-Hallgarten-Schule sollten etwa die Duschen in der Turnhalle saniert werden. Doch das Problem mit der Feuchtigkeit im Keller wurde immer schlimmer. Deshalb wird nun das im Aktionsplan für Duschen vorgesehene Geld in die Sanierung des Kellers gesteckt. Und auch an der Linnéschule werden die Duschen und Umkleiden in der Turnhalle erst mal nicht saniert. Es hat sich herausgestellt, dass die Grundschule eine Gesamtsanierung benötigt – die Renovierung der Duschen und Umkleiden ist daher aus dem Aktionsplan gestrichen.

„Chaos und Stillstand“ vermutet Stefan von Wangenheim (FDP) deshalb im Bildungsdirektorat. „Alle Schulen, die im Aktionsplan aufgelistet sind, benötigen ihre Sanierungen aber dringend.“ Der Plan sei offenbar auf wackeligem Fundament aufgebaut und nun Makulatur. Auch die Linkspartei sieht Stillstand beim Aktionsplan: Sorge habe „nicht zum ersten Mal vollmundige Ankündigungen gemacht“, sagt Fraktionsvorsitzende Dominike Pauli, „und leider nicht die Ausstattung für deren Durchführung bereit gestellt.“ sabu